



DISKUSSION

Donnerstag 7. Dez. 89 20.30 Uhr im Schloßkeller / Darmstadt

MIT EINEM VERTRETER DER „FRENTE AUTONOMO“
UND EINER RECHTSANWÄLTIN AUS BERLIN
VON DER
„AKTION ZUR BEFREIUNG DER
POLITISCHEN GEFANGENEN
IN CHILE E.V.“

Am 14. Dezember werden in Chile "freie und demokratische Wahlen" stattfinden. Es wird ein Kandidat der Diktatur gegen Patricio Aylwin (ein Vertreter der Christdemokraten) kandidieren. Aylwin wird von nahezu der gesamten Opposition unterstützt, obwohl er im Jahr des Putsches 1973 die Diktatur auf der zivilen Seite unterstützte. Der gewerkschaftliche Dachverband CTU und die kommunistische Partei rufen zur Wahl Aylwins auf, obwohl diese in der Diktatur massiver Verfolgung ausgesetzt waren und Patricio Aylwin keine Aussage macht wie er mit den Mördern der Diktatur umzugehen gedenkt und welche wirtschaftliche Umstrukturierungen er der "neo-liberalen" Wirtschaftskonzeption derzeit entgegen setzen will. Hinzu kommt, daß die "Verfassung" der Diktatur von 1980 für eine neue Regierung nahezu keinen Spielraum zu Veränderungen läßt.

Was also führt zu dieser breiten Unterstützung?

Welche Möglichkeiten bietet eine Regierung "Aylwin" für Veränderungen?

Gibt es außer der UnterstützerInnen für Aylwin, deren Wahl eine hohe Wahrscheinlichkeit hat, eine Radikalopposition?

Welche Konsequenzen haben all diese Fragen für uns?!

Freiheit für alle politischen Gefangenen!

In Chile gibt es im 16. und wohl auch letzten Jahre der Militärdiktatur knapp 500 politische Gefangene, etwa jeder zehnte Gefangene ist eine Frau. Es handelt sich durchweg um Langzeitgefangene, d. h. die Mehrzahl von ihnen sitzt schon seit mehreren Jahren (bis zu zehn) in chilenischen Haftanstalten ein. – Und die Mehrzahl von ihnen wird wohl auch weiterhin einsitzen und/oder Gerichtsverfahren gegen sich laufen haben. „Weiterhin“ heißt auch über den 11. März 1990 hinaus, an dem voraussichtlich (denn sicher weiß man es erst dann) der Einheitskandidat der Opposition, der rechte Christdemokrat Patricio Aylwin, das Amt des Präsidenten von Pinochet übernehmen wird.

Daß die politischen Gefangenen als „Helden der Nation“ (wie es sich u. a. der katholische Bischof Camus einmal vorstellte) am 11. März 1990 die Freiheit wiedererlangen und in den breiten Straßen Santiagos und all den anderen Städten gefeiert werden, müssen die dann aus dem Rampenlicht zurücktretenden Militärs nicht befürchten; dieses zu verhindern, besorgt schon die Opposition selbst. Durch die Hegemonie der Bürgerlichen innerhalb des Oppositionsbündnisses der 17 Parteien, „Concertacion“, konnten diese auch in diesem Bereich ihre Vorstellungen durchsetzen, und es war den in der „Concertacion“ vertretenen Linksparteien nicht so wichtig, sich für die Freilassung *aller* politischen Gefangenen einzusetzen (zumal von diesen Parteien – fast – keine Mitglieder mehr inhaftiert sind).

Auf einer Tagung der kirchlichen Hilfsorganisation Fasic im April 89, an der 46 Strafverteidiger aus ganz Chile teilnahmen, wurde im Schlußkommuniqué festgestellt, daß die den politischen Gefangenen „zugeschriebenen Taten, wenn überhaupt von ihnen begangen, als Reaktion auf den Staatsterrorismus menschlich, juristisch, politisch und gesellschaftlich verständlich“ sind, zumal sie „begangen wurden, um Freiheit und Demokratie wiederzuerlangen“. *Alle* politischen Gefangenen hätten „das Recht auf Freiheit, ohne Einschränkung“. Leider schloß sich die „Concertacion“ dieser Meinung nicht an, obwohl sie – außer dem katholischen Solidaritätsvikariat – von allen Menschenrechts- und Betroffenenorganisationen Chiles und sogar der christdemokratischen Internationale geteilt wird. Ende Juli 89 verabschiedete und publizierte sie ihr zukünftiges Regierungsprogramm. Zu den politischen Gefangenen heißt es darin u. a.:

„Außerdem sollte die Freisprechung von strafwürdiger Verantwortung all derjenigen ausgesprochen werden, die wegen politisch-motivierter Taten angeklagt und verurteilt wurden, *wenn es sich nicht* (Hervorhebung von uns) um Tötung, schwere Körperverletzung, Entführung und Kindesentführung handelt.“

Genau dies wird aber dem größten Teil der derzeitigen politischen Gefangenen von den Militärgerichten vorgeworfen. Die „Concertacion“ plant für die Zukunft, all die alten Prozesse u. a. wegen Verfahrensmängel per Gesetz einzustellen und diese Prozesse dann von zivilen Strafrichtern „in ordentlichen Gerichtsverfahren“ neu aufrollen zu lassen. Konkret heißt das beispielsweise für die wegen des Attentats auf Pinochet seit 1986 Inhaftierten, daß sie weiterhin warten müssen; nun, bis die neue Regierung nach dem März 1990 ein Gesetz erläßt, wodurch das alte Verfahren eingestellt wird. Dann (sie könnten nun bis zur Verfahrenseröffnung vorläufig freigesprochen werden) soll ein neues Anti-Terror-Gesetz geschaffen werden, was mehr den internationalen Standards entsprechen soll. Werden die Gefangenen dann nach dem alten Anti-Terror-Gesetz der Diktatur verurteilt oder gemäß dem neuen Gesetz, obwohl die „Straftat“ dann vor Inkrafttreten des Gesetzes begangen wurde, was wiederum gegen internationale Rechtsnormen verstößt?

Das Attentat auf Pinochet wird wie ein „ganz normaler Tötungsversuch“ an einem x-beliebigen Mitmenschen verhandelt werden. Daß das Gericht das (auch international anerkannte) Recht auf Widerstand gegen eine brutale Diktatur wie die Pinochets dabei nicht berücksichtigen wird, ergibt sich schon daraus, daß die Richter unter eben dieser Diktatur jahrelang „Recht“ gesprochen haben. Außerdem – und das wiegt fast noch schwerer – ergibt es sich auch schon aus der oben zitierten Passage des Regierungsprogramms des Oppositionsbündnisses. Dieselben Herren, die 16 Jahre lang zu den schlimmsten Verbrechern an der Menschheit – wie systematischer Folter und Mord zur Herrschaftssicherung – schwiegen oder mal vorsichtig von ihren Kanzleien und Bungalows aus mit erhobenem Zeigefinger die „Auswüchse der Diktatur“ kritisierten, stempeln die wahren Widerstandskämpfer zu Verbrechern. Wenn nämlich ausdrücklich die politisch-motivierten Gewalttaten des Widerstands von der Straffreiheit ausgenommen werden, heißt das,

- daß die „Concertacion“ diesen Gefangenen das Recht auf Widerstand abspricht,
- daß die Militärdiktatur also kein Unrechtsstaat war,
- daß die meisten politischen Gefangenen unter der neuen Regierung wieder vor den Richter und ins Gefängnis müssen,
- daß diese „neue Demokratie“ ihren Namen nicht verdient,
- daß die politischen Gefangenen in Chile auch weiterhin unsere Solidarität brauchen.